

Maddalena Josefin Lamura

Klimasoziale Instrumente

Untersuchung über den Diskurs ausgewählter sozialpolitischer Akteur*innen in Deutschland

AUF EINEN BLICK

- Die Studie analysiert, welche klimasozialen Instrumente von sozialpolitischen Akteur*innen in der Familien-, Alten- und Geschlechterpolitik, der Wohlfahrtspflege und den Sozialverbänden in Deutschland vorgeschlagen und diskutiert werden.
- Die Akteur*innen schlagen überwiegend Instrumente zur Berücksichtigung sozialer Auswirkungen der Klimapolitik und der Klimakrise vor, weniger jedoch Instrumente in Bezug auf die Klimaauswirkungen des Sozialsystems.
- Einige Akteur*innen haben umfassende Ansätze, jedoch vage Instrumentenvorschläge, andere sind noch im Anfangsstadium ihrer klimasozialen Positionen.
- Neben bekannten Instrumenten, wie dem Klimageld, heben die sozialpolitischen Akteur*innen jedoch auch innovative klimasoziale Instrumente, wie die Ökosozialversicherung und an Suffizienz orientierte Energiesparprogramme bei hohem Einkommen, hervor.

ABSTRACT DEUTSCH

Diese Expertise präsentiert einen Überblick über den aktuellen Diskurs ausgewählter sozialpolitischer Akteur*innen über klimasoziale Maßnahmen in Deutschland. Anhand der Forderungen, Vorschläge und Pressemitteilungen der untersuchten Akteur*innen werden aktuell besprochene klimasoziale Instrumente in elf Strategien zusammengefasst und präsentiert. Dabei zeigt sich ein Schwerpunkt auf die Minderung von negativen sozialen Auswirkungen der Klimakrise sowie der Klimapolitik. Umwelt- und Klimaauswirkungen des Sozialsystems und der Sozialleistungen rücken jedoch auch zunehmend in die Aufmerksamkeit. Beispielsweise wird gefordert, dass die Grundsicherung so angepasst werden soll, dass sie ein klimafreundliches Leben ermöglicht.

ENGLISH ABSTRACT

This report presents an overview of the current discourse of selected social policy actors on climate-social measures in Germany. Based on the demands, proposals and press releases of the actors examined, currently discussed climate-social instruments are summarized and presented in eleven strategies. There is a focus on reducing negative social impacts of climate crisis and climate policy. However, the environmental and climate impacts of the social system and social benefits are also receiving increasing attention. For example, there are demands for basic income support to be adapted to enable a climate-friendly life.

Inhalt

- 1 Einleitung 4
- 2 Klimasoziale Instrumente in Deutschland 5
- 3 Klimasoziale Instrumente in der Praxis: Ideen und Beispiele 8
 - 3.1. ÖKOLOGISCH-ÖKONOMISCHE (UM-)VERTEILUNG 8
 - 3.2. GRUNDSICHERUNG ZUR TRANSFORMATIONSTEILHABE 9
 - 3.3. FINANZIERUNG VON KLIMAFREUNDLICHEN MAßNAHMEN 10
 - 3.4. FINANZIELLE ANREIZE ZUR ABSCHAFFUNG KLIMASCHÄDLICHER STRUKTUREN 10
 - 3.5. ÖKOLOGISCHE DASEINSVORSORGE 11
 - 3.6. SOZIALE MOBILITÄTSWENDE 12
 - 3.7. OBER- UND UNTERGRENZEN FÜR ENERGIE UND WOHNEN 12
 - 3.8. SCHUTZPROGRAMME VOR KLIMAAUSWIRKUNGEN 13
 - 3.9. ÖKOLOGISCHE ZEITPOLITIK 13
 - 3.10. KLIMASOZIALER RECHTSRAHMEN 14
 - 3.11. INTEGRATION VON KLIMAASPEKTEN IN VERSICHERUNGEN 15
- 4 Innovative klimasoziale Instrumente und Ansätze 15
- 5 Fazit 18
- Annex 20
- Literatur 24

1 Einleitung

Die Notwendigkeit der Reduktion von Treibhausgasemissionen und der Abschaffung verschiedenster umwelt- und klimaschädlicher Strukturen, um die Pariser Klimaziele zu erreichen und die Überschreitung weiterer planetarer Grenzen so weit wie möglich zu vermeiden, ist mittlerweile gesellschaftlich breit anerkannt (Richardson et al. 2023). Klimasozialpolitik birgt das Potenzial, die genannten Ziele mit sozialen Zielen zu vereinen und ein gutes Leben für alle zu ermöglichen, das sich an Bedürfnissen orientiert. Es sind Maßnahmen erforderlich, um Armut und Ungleichheiten zu bekämpfen sowie eine gesunde, biodiverse Umwelt und ein lebenswertes Klima zu schützen. Dazu ist ein struktureller und systemischer Wandel notwendig, der wirtschaftliche, rechtliche, technische sowie soziale Bereiche umfasst. Zudem ist eine entsprechende Vielfalt an gestaltenden Akteur*innen gefragt.

Dieser Beitrag schaut auf sozialpolitische und soziale Akteur*innen in Deutschland und beleuchtet, welche klimasozialen Strategien und Instrumente in dem Diskurs und in der Umsetzung Platz finden. Welche Instrumente sind in der Praxis bereits verbreitet und welche können als innovativ bezeichnet werden? Welcher Transformationsanspruch wird damit verfolgt? Welcher Themen und Herausforderungen innerhalb des übergreifenden klimasozialen Spektrums wird sich angenommen und wie werden diese miteinander verknüpft?

Der vorliegende Beitrag versteht sich somit als Orientierungshilfe für all jene Personen und Organisationen, die eine Verbindung zwischen klimapolitischen und sozialen Zielen anstreben und den aktuellen Stand in der Debatte um mögliche Instrumente, Werkzeuge und Ideen verstehen möchten sowie potenzielle Austauschpartner*innen suchen. Sie werden erfahren, welche klimasozialen Instrumente sozialpolitische Akteur*innen in Deutschland in den Diskurs einbringen. Dabei wird aufgezeigt, wie Herausforderungen im Bereich des Sozialen und der Ökologie zusammengedacht werden und welche Ideen dabei besonders verbreitet sind. Zudem werden innovative, seltene oder besonders transformative Ansätze besprochen. Die Lektüre kann Ideen für neue Instrumente liefern, zum Austausch sowie zu Verbesserungsvorschlägen anregen und bietet eine Momentaufnahme einer wichtigen gesellschaftlichen Debatte, welche dazu anregt, mitgestaltet zu werden.

Die Expertise ist wie folgt strukturiert: Im Folgenden wird die Methodik vorgestellt, also die Datengrundlagen und Vorgangsweise der Untersuchung. In Abschnitt 2 werden Strategien für klimasoziale Instrumente präsentiert und in einer Tabelle zusammengefasst. In Abschnitt 3 erfolgt eine Erläuterung der zuvor dargestellten Strategien und entsprechenden Instrumente anhand von Beispielen und Vorschlägen in der Praxis. In Abschnitt 4 werden besonders innovative Instrumente und Ansätze skizziert, bevor das Fazit eine zusammenfassende Darstellung liefert.

2 Klimasoziale Instrumente in Deutschland

Was sind aber klimasoziale Instrumente? Das Verständnis und die Untersuchung klimasozialer Politikinstrumente entstehen in dieser Expertise vor dem Hintergrund der wissenschaftlichen Literatur zu klimasozialer Politik und Politikinstrumenten. Einen Einblick bietet ein aktueller Forschungsstandbericht (Bohnenberger 2022), der die drei grundlegenden Forschungsrichtungen zur Klimasozialpolitik zusammenfasst. Zum einen werden soziale Auswirkungen von Klimapolitik und der Klimakrise, d. h. soziale Risiken durch die Auswirkungen der Klimakrise, sowie Auswirkungen unterschiedlicher Transformationsszenarien erforscht. Zweitens werden ökologisch relevante Effekte und Gestaltungsoptionen der Sozialpolitik für eine ökologische Transformation untersucht. Und drittens werden integrierte Ansätze der ökologischen Sozialpolitik analysiert. Der Bericht identifiziert aber auch einige Felder, die bisher kaum oder wenig in der Klimasozialpolitik untersucht wurden, u. a. Erwerbslosigkeit, Grundversicherung, Familienpolitik, Pflege und Alterssicherung. Zugleich werden die Entwicklungen in der Klimasozialpolitik sowohl von wissenschaftlichen Erkenntnissen als auch von Interessensgruppen und politischen Akteur*innen und deren Vorschlägen und Kritiken angetrieben. Jedoch gibt es zum Klimasozialpolitik-Diskurs sozialpolitischer Akteur*innen in Deutschland bisher begrenzt Einblicke: Ihre Diskurse werden zunehmend beforscht, z. B. in Bezug auf klimasoziale Themen, Ideen und Konfliktlinien (Cremer 2024; Cremer und Bohnenberger 2024), wenig ist aber über konkrete Instrumente bekannt.

Diese Expertise trägt dazu bei, diese beiden Lücken zu schließen, und untersucht den Diskurs ausgewählter sozialpolitischer Akteur*innen in Deutschland zu klimasozialen Instrumenten, insbesondere mit Blick auf bisher wenig erforschte Felder.

Dabei leiten folgende Fragen die Expertise:

- Welche klimasozialen Instrumente werden von sozialpolitischen Akteur*innen vorgeschlagen, gefordert oder diskutiert?
- Welche Strategien sowie Schwerpunkte (Themen, Politikfelder) kommen vorrangig vor?
- Welche Akteur*innen sind in der Debatte präsent?
- Welche innovativen, transformativen, systemischen Ansätze stechen hervor?

Zur Beantwortung dieser Fragen wurde eine explorative Dokumentanalyse (Krumm et al. 2009) der Online-Veröffentlichungen zentraler sozialpolitischer Akteur*innen in Deutschland im Herbst 2023 durchgeführt. Ausgangsbasis war die Datenbank *Think Tank Directory Deutschland* und die Liste sozialpolitischer Institutionen, Organisationen, Verbände und

Interessensgruppen auf der Webseite *sozialpolitik.aktuell.de*, die laufend von der Universität Duisburg-Essen aktualisiert wird. Darauffolgend wurden 35 sozialpolitische Akteur*innen gewählt, mit Augenmerk auf Feldern, die bisher kaum oder nur rudimentär zur Klimasozialpolitik erforscht sind (Bohnenberger 2022). Die Stichprobe umfasst Sozialverbände, Sozialversicherungen, soziale Initiativen sowie Organisationen in den Feldern der Wohlfahrtspflege, Geschlechterpolitik, Altenpolitik, Jugendpolitik und Familienpolitik. Akteur*innen und Maßnahmen in den Bereichen Gesundheit, Ernährung und Bildung wurden nicht berücksichtigt. Letztendlich konnten für 21 der 35 Akteur*innen (aufgelistet in Tabelle B im Annex) klimasoziale Instrumente gefunden und somit in der Untersuchung einbezogen werden.

Die Untersuchung umfasst Beiträge, die auf den offiziellen Webseiten der Akteur*innen veröffentlicht wurden, wie beispielsweise Policy Briefs, Pressemitteilungen, Positionspapiere, Stellungnahmen und Blog-Beiträge. Dazu wurden die Sektionen über Klima-, Umwelt- oder Nachhaltigkeit der jeweiligen Onlineauftritte durchsucht oder, falls solche Sektionen nicht vorhanden waren, eine gezielte Stichwortsuche¹ durchgeführt. Es wurden 53 online veröffentlichte Dokumente identifiziert, die – mit zwei Ausnahmen (2013, 2014) – dem Zeitraum 2018 bis November 2023 zuzuordnen sind. Diese Veröffentlichungen behandelten klimasoziale Instrumente, die daraus zusammengetragen und in Kategorien organisiert wurden. Das Kriterium für die Auswahl der Instrumente war, dass diese mindestens eine sozialpolitische und eine ökologische bzw. klimapolitische Dimension aufwiesen. Die Dimensionen konnten als Ziele, Mittel oder Auswirkungen der Maßnahme formuliert sein, z. B. soziale Inklusion als Ziel einer klimafreundlichen Mobilitätsmaßnahme oder weniger Bodenversiegelung und Einsamkeit durch Gemeinschaftswohnprojekte. Infrage kamen sowohl Instrumente zur Mitigation des Klimawandels als auch zur Adaption an dessen Auswirkungen, zum Schutz von Ökosystemen und natürlichen Ressourcen oder zur Schaffung von Rahmenbedingungen für gesellschaftliche klimasoziale Transformationen. Der Ansatz war explorativ und induktiv, somit wurden Kategorien für die Instrumente auf Basis der empirischen Ergebnisse definiert, jedoch an Forschungsthemen der Klimasozialpolitik (Bohnenberger 2022) angelehnt.

Die Untersuchung der Debatte von ausgewählten sozialpolitischen Akteur*innen in Deutschland ergab eine Liste mit über 100 Instrumenten. Zur Zusammenfassung und Orientierung wurden diese Instrumente in klimasozialen Strategien organisiert, geleitet von der Frage: „Worauf zielt das Instrument ab und wie?“. Das Ergebnis ist zusammenfassend in Tabelle 1 vorgestellt (Tabelle A im Annex bietet eine ausführlichere Auflistung der Instrumente). Die Strategien sind in drei Bereiche differenziert: finanzielle Ressourcen, Infrastruktur und Institutionalisierungsstrategien. Jede Strategie fasst wiederum mehrere Instrumente zusammen. Zur Veranschaulichung ist in Tabelle 1 für jede Strategie ein Instrument als Beispiel angegeben, während die vollständige Liste im Anhang zu finden ist.

Die Übersicht der Instrumente zeigt, dass breit beforschte und diskutierte Themen der Klimapolitik (z. B. Mobilitäts- und Energiewende) im sozialpolitischen Diskurs ihren Platz finden, aber auch Kernthemen der Sozialpolitik (z. B. Grundsicherung, Sozialversicherung) im Zusammenhang mit ökologischen Zielen diskutiert werden. In ihrer Gesamtheit betrachtet, variieren die Instrumente in ihrem transformativen Anspruch, sowie in ihrer Verbreitung und Häufigkeit im Diskurs. Einige Ideen sind noch ungeschliffen und unspezifisch formuliert; andere Instrumente sind wenig transformativ und fungieren hauptsächlich als sozialpolitische Ergänzungen existierender Instrumente der Klimapolitik. Wiederum andere Instrumente sind innovativ, umfassend und haben systemische Transformationsansprüche, z. B. mit dem Ziel

¹ Verwendete Stichworte: Transformation; klima*; umwelt*; ökolog*; Energie; Nachhaltig*; öko-sozial; ökosozial; klimasozial; klima-sozial; Maßnahm*; sozialökolog*; sozial-ökolog*;

eines ‚guten Lebens für alle‘. Diese Punkte werden für jede Strategie im nächsten Abschnitt vertieft.

Tabelle 1: Übersicht klimasozialer Strategien und Instrumente

	Strategie	Instrumentenbeispiel
	Finanzielle Ressourcen	
1	Ökologisch-ökonomische (Um-) Verteilung	Klimageld für eine sozial gerechte Lastenverteilung von Klimaschutzmaßnahmen
2	Grundsicherung zur Transformationsteilnahme	Anpassung der Grundsicherung zur Ermöglichung eines klimafreundlichen Lebensstils
3	Finanzierung von klimafreundlichen Maßnahmen	Nachhaltige Beschaffungsrichtlinien in der Wohlfahrtspflege und Bundesförderprogramm für entsprechend fachkundiges Personal (Klima-Manager*innen)
4	Finanzielle Anreize zur Abschaffung klimaschädlicher Strukturen	Divestment der Renten und Pensionsfonds aus fossilen Ressourcen
	Infrastruktur	
5	Ökologische Daseinsvorsorge	Kostenloser oder kostengünstiger Zugang zu sozialer Infrastruktur, z. B. im Pflegebereich
6	Soziale Mobilitätswende	Versorgungswege und Barrierefreiheit im Fokus der Mobilitätswende
7	Ober- und Untergrenzen für Energie und Wohnen	Suffizienz-Orientierung durch Energiesparanreize für Personen mit hohem Einkommen
8	Schutzprogramme vor Klimaauswirkungen	Hitzeaktionspläne zum Schutz älterer und pflegebedürftiger Menschen vor Auswirkungen des Klimawandels
	Institutionalisierung	
9	Ökologische Zeitpolitik	Telearbeit als familienfreundliche Arbeitsorganisation mit ökologischen Vorteilen
10	Klimasozialer Rechtsrahmen	Ökosozialversicherung, zusätzlich zur Sozialversicherung
11	Integration von Klimaaspekten in Versicherungen	Verankerung des ökologischen Nachhaltigkeitsziels im Sozialrecht

3 Klimasoziale Instrumente in der Praxis: Ideen und Beispiele

Im Folgenden werden die elf Strategien klimasozialer Politikinstrumente vorgestellt, die sich aus der Untersuchung des Diskurses sozialpolitischer Akteur*innen in Deutschland, geleitet von den Fragen des Ziels und der Mittel, kategorisieren lassen. Jeder Abschnitt geht auf eine unterschiedliche Strategie ein, stellt die vorgeschlagenen bzw. diskutierten Instrumente der untersuchten Akteur*innen dar, und weist auf Differenzen zwischen den Ansätzen der Akteur*innen hin.

3.1. ÖKOLOGISCH-ÖKONOMISCHE (UM-)VERTEILUNG

Vor dem Hintergrund wissenschaftlicher Erkenntnisse, dass Einkommen- und Vermögensungleichheiten signifikant zu negativen Klimafolgen beitragen (Teixidó-Figueras et al. 2016; Oswald et al. 2020), ist eine klimasoziale Strategie, die aus der Untersuchung hervorgeht, die ökologisch-ökonomische (Um-)Verteilung. Ein höheres Einkommen oder größeres Vermögen ist mit mehr Konsum und einem größeren ökologischen Fußabdruck bzw. höheren Emissionen assoziiert, trägt also deutlich mehr zu Ressourcenverbrauch, Klimawandel und ökologischer Zerstörung bei.

Eine erste Reihe an eingeforderten Maßnahmen, um durch Umverteilung Klima und Umwelt zu schützen und soziale Ungleichheiten zu bekämpfen, sind steuerliche Reformen der Einkommens- und Vermögensverhältnisse. Einige der untersuchten Akteur*innen aus der Wohlfahrtspflege sowie eine soziale Initiative fordern Reformen der Vermögenssteuer, sowohl für Private als auch für Betriebe, die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer, eine Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer sowie des Spitzensteuersatzes (Förderverein gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit 2021; AWO 2022a, AWO 2023a). Dabei unterscheiden sich die Positionen der analysierten Akteur*innen kaum; sie alle bleiben eher bei allgemeinen Forderungen und entwickeln keine detaillierteren Umsetzungsvorschläge. Der Förderverein gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit (2021) differenziert sich durch den Vorschlag der Besteuerung von Unternehmen, durch effektive Besteuerung von Betriebsvermögen sowie Übergewinnen von „Krisen-Profiteur*innen“ und durch einen globalen Mindeststeuersatz für Unternehmen. Die AWO schlägt Steuern und Regulierungen vor, um klimaschädliches Verhalten und Luxusemissionen zu mindern.

Eine zweite Reihe von Maßnahmen in der Strategie der (Um-)Verteilung sind die unterschiedlichen Ansätze und Vorschläge zur Umsetzung der Rückvergütung von den öffentlichen Einkommen, die aus der CO₂-Bepreisung entstehen. Die Rückvergütung soll durch eine Klimaprämie erfolgen, die entweder nur allgemein als Pro-Kopf-Auszahlung gefordert wird (Sozialverband Deutschland 2022; Familienbund der Katholiken 2023; Sozialverband VdK

Deutschland 2023), sozial gestaffelt (nicht genauer definiert) (Sozialplattform Klimaschutz 2019) oder in Kombination mit einem Ausgleichfond für Härtefälle (Deutscher Caritasverband 2023a). Als Antwort auf die Kritik des Verwaltungsaufwands bzw. des unklaren Modus für die Rückverteilung der Klimaprämie bringt ein untersuchter Akteur, in Kollaboration mit dem BUND, einen konkreten Vorschlag für die administrative Umsetzung ein (BUND und Der Paritätische Gesamtverband 2021a). Die Auszahlung der Prämie könnte in diesem Vorschlag durch den Renten Service der Deutschen Post bzw. DHL erfolgen, und somit die Erfahrung und bestehende Dienstleistungsabläufe für die Auszahlung der Renten nutzen. Zugleich wird die vorgezogene Zahlung des Bonus für soziale Härtefälle vorgeschlagen, um eine Verzögerung zwischen der CO₂-Preis-Erhöhung und der finanziellen Unterstützung zu vermeiden (wie es auch bei dem europäischen Social Climate Fund vorgesehen ist). Die Diskussion um adäquate Rückvergütungsinstrumente wird durch ähnliche Vorschläge der Umsetzung sowie durch Vergleiche und Erkenntnisse aus Ländern, in denen bereits Klimaprämien eingeführt wurden, weiter vorangebracht.

3.2. GRUNDSICHERUNG ZUR TRANSFORMATIONSTEILHABE

Transformationsmaßnahmen hin zu einer klimafreundlichen Gesellschaft sind häufig mit finanziellen Kosten assoziiert, z. B. für den Umstieg auf eine erneuerbare Energieversorgung oder energieeffizientere Haushaltsgeräte, die für armutsbetroffene und armutsgefährdete Haushalte eine zusätzliche Belastung darstellen. Die Gewährleistung der sozialen Sicherung sowie die Teilhabe am sozial-ökologischen Wandel stellen zentrale Anliegen der untersuchten Akteur*innen dar. Deswegen fordern sie die Erhöhung der Regelsätze mehrerer Sozialleistungen ein (Sozialplattform Klimaschutz 2019; Der Paritätische Gesamtverband 2023).

Die Grundsicherung wird von mehreren Sozial- und Wohlfahrtsverbänden als wichtiges Instrument zur Bewältigung der sozialen Auswirkungen der Klimapolitik genannt. Die Rechtsverbindlichkeit angemessener Mindesteinkommen soll durch eine Rahmenrichtlinie garantiert sein (Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege 2023). Die Grundsicherung soll erhöht werden und die Kalkulationsbasis dafür sich an einem klimafreundlichen Leben orientieren (Sozialplattform Klimaschutz 2019; Bündnis sozialverträgliche Mobilitätswende 2021; Klima-Allianz 2022). Die Diakonie Deutschland betont, dass bei der Transformation hin zu einer klimaverträglichen Gesellschaft das Existenzminimum mitgedacht werden muss, und dass Sozialeleistungen einen klimafreundlichen Lebensstil, Teilhabe und Handlungsspielräume ermöglichen sollten (Rockhoff und Guske 2023). Daher arbeitet sie momentan an einer Neuberechnung der Grundsicherung unter Berücksichtigung ökologischer Kriterien. Eine umfassendere Veränderung wird hingegen von dem Förderverein gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit angedacht, der ein Existenzgeld vorschlägt (2019). Dieses besteht in einer ausgeweiteten Grundsicherung, die ohne Bedürftigkeitsprüfung und Erwerbsverpflichtung auskommt und somit einer ökologischen Post-Work-Debatte (Gerold et al. 2023) nahekommt.

Mehrere Akteur*innen diskutieren aus aktuellem Anlass die Kindergrundsicherung (Der Paritätische Gesamtverband 2023; Kinderschutzbund Bundesverband e. V. 2023). Die Diakonie Deutschland hebt explizit die Relevanz der Kindergrundsicherung innerhalb der sozial-ökologischen Transformation hervor: Sie soll Sorgen um die Lebensgrundlage und finanzielle Unsicherheit mindern, denn diese erschweren oder verunmöglichen das Engagement für den Klimaschutz und für Zukunftsthemen (Rockhoff und Guske 2023). Im Rahmen der Forderung mehrerer Instrumente für den sozial-ökologischen Wandel wird auch eine Anhebung des

Mindestlohns auf ein ‚armutsfestes Niveau‘ erwähnt, unter anderem vom Förderverein gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit (2021).

3.3. FINANZIERUNG VON KLIMAFREUNDLICHEN MAßNAHMEN

Eine weitere Strategie, um rasch die Weichen für den Klimaschutz zu stellen, ist die Mobilisierung von und die Rahmenschaffung für Investitionen und Finanzierungen für klimasoziale Maßnahmen der sozialpolitischen Akteur*innen.

Ein erster Punkt, der insbesondere von den Wohlfahrtsverbänden hervorgehoben wird, ist die Finanzierung und die Amortisation langfristiger Investitionen von den sozialen Einrichtungen: in erneuerbaren Energieinfrastrukturen und in der Gebäudesanierung der Einrichtungen (Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V. 2021; Deutsches Studierendenwerk 2021; AWO 2022b, 20; Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA) 2022).

Ein zweiter Aspekt ist die Förderung und Sicherung der Refinanzierung von laufenden Maßnahmen, wie z. B. Personal (ein Bundesförderprogramm für Klima-Manager*innen) und Beratung um Umwelt- und Klimaschutz sowie Klimaanpassungsinitiativen in den sozialen Einrichtungen umzusetzen (Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V. 2021; AWO 2022b; Der Paritätische Gesamtverband 2023). Um die finanziellen Rahmenbedingungen zur Erreichung von klimapolitischen und sozialen Zielen zu aktualisieren, sei auch notwendig, dass die Verpflegungssätze an ökologische und faire Erzeugungskosten angepasst werden und die Energiekostenberechnungen 100 % Ökostrom berücksichtigen und ermöglichen, so die AWO (AWO 2022b).

Großteils geht es also um die finanzielle Ermöglichung von Maßnahmen auf betrieblicher Ebene der sozialen Einrichtungen. Zusätzlich fordert der Förderverein gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit (2021) die Abschaffung der Schuldenbremse bei klimarelevanten öffentlichen Investitionen.

3.4. FINANZIELLE ANREIZE ZUR ABSCHAFFUNG KLIMASCHÄDLICHER STRUKTUREN

Das Gegenstück der Finanzierung von klimafreundlichen Maßnahmen bilden die finanziellen Anreize zur Abschaffung klimaschädlicher Strukturen. In der Untersuchung sind vier Arten von Anreizen identifiziert worden, die klimaschädliche Strukturen und Praktiken schwächen und entweder direkt auf die Minderung sozialer Ungleichheiten abzielen oder mit anderen Maßnahmen zur gerechten Kostenverteilung kombiniert werden.

Erstens fordern viele Akteur*innen allgemein die Abschaffung oder Eindämmung umwelt- und klimaschädlicher Subventionen. Konkrete Beispiele der Subventionen betreffen hauptsächlich fossile Mobilität und deren soziale Ungleichheiten und gehen vom Dienstwagenprivileg und der Steuerbefreiung von Kerosin (Förderverein gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit 2021; AWO 2022b; Bär und Schaffert 2023; Deutscher Frauenrat 2023) über zu Kaufförderungen für private Pkw (BUND und Der Paritätische Gesamtverband 2020). Die äußerst negativen Auswirkungen des Flugverkehrs sollen unter anderem durch eine progressive Vielfliegerabgabe verhindert werden (Deutscher Caritasverband 2023b). Es ist hervorzuheben, dass diese Maßnahme Überkonsum und das belegte, überdurchschnittlich klimaschädliche Verhalten wohlhabender Menschen ins Visier nimmt (Ivanova und Wood 2020; Oswald et al. 2020).

Zweitens werden klimaschädliche Strukturen durch Instrumente wie das Divestment der Renten und Pensionsfonds aus fossilen Ressourcen geschwächt (BAGSO 2021; BUND und Der

Paritätische Gesamtverband 2021b). Divestment bedeutet, dass die Renten und Pensionsfonds das von ihnen betreute Geld nicht mehr in Branchen und Unternehmen anlegen, die mit fossilen Brennstoffen Umsatz machen. Sie tragen somit zur Dekarbonisierung der Wirtschaft bei und entziehen fossilen Aktivitäten ihre Unterstützung. In diesem Prozess sind Transparenz und klima-effektive Kriterien für die Finanzanlagen zentral – wie [im Fall der Kapitalanlagen der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder problematisiert wird](#).

Ein dritter finanzieller Anreiz entsteht durch steuerliche bzw. preisliche Belastungen auf klimaschädliches Verhalten. Darunter fällt die Forderung einer Primärbaustoff- und Materialinputsteuer (BUND und Der Paritätische Gesamtverband 2021b), um Ressourcen zu schonen, sowie eines der Kernthemen im klimasozialen Diskurs sozialpolitischer Akteur*innen, die Bepreisung von CO₂. Letztere wird im Zusammenhang mit Rückvergütungsstrategien (im Detail in Abschnitt 3.1) besprochen, um eine sozial gerechte Gestaltung anzustreben. Im Diskurs zur CO₂-Bepreisung stehen die jeweiligen Zielgruppen der Akteur*innen im Vordergrund. Es sollen Freigrenzen für geringen CO₂-Konsum eingeplant werden, sodass Haushalte mit niedrigem Einkommen und energetisch ineffiziente Geräte nicht disproportional belastet werden (Diakonie Deutschland 2021) und Mieter*innen sollen vor der Umlage des CO₂-Preises geschützt werden (BUND und Der Paritätische Gesamtverband 2021a; Netzwerk Ressourcenwende 2022). Einzig der Sozialverband VdK Deutschland (2023) fordert explizit einen CO₂-Zoll, d. h. eine CO₂-Grenzabgabe, um zu vermeiden, dass wirtschaftliche Aktivitäten und entsprechende Emissionen aus der EU in Ländern ohne CO₂-Preis verlagert werden.

Der vierte und letzte finanzielle Anreiz belohnt den Ausstieg aus klimaschädlichen Strukturen, wie z. B. durch die Prämie für Auto-Abschaffungen: eine Maßnahme, die den Wechsel vom fossilangetriebenen Pkw auf emissionsärmere Mobilitätsoptionen finanziell belohnt (Deutscher Caritasverband 2023b). Dies ist zugleich ein Beispiel für eine Suffizienz-Maßnahme, wo Suffizienz von den Autor*innen als eine Nachhaltigkeitsstrategie zur Schaffung lebenswerter Orte und zur Anregung klimafreundlicher Verhaltensänderungen vorgestellt wird.

3.5. ÖKOLOGISCHE DASEINSVORSORGE

Im Rahmen der Instrumente, die die Infrastruktur klimasozial gestalten sollen, ist das Ziel einer ökologischen Daseinsvorsorge die umfassendere Strategie. Diese schließt an die wissenschaftliche Debatte zu Universal Basic Services (UBS) an, welche ein umfangreiches System universeller öffentlicher Dienstleistungen (Institute for Global Prosperity 2017; Gough 2019) vorschlägt. Als Teil der UBS wird für ein öffentliches Versorgungssystem („Provisioning System“) etwa im Pflege- oder IT-Bereich plädiert, das sich als Gegenmodell zu marktbasierter Lösungen versteht. Hervorgehoben werden unter anderem die ökologischen Vorteile der UBS, z. B. als Unterstützung von Gemeinschaften während schwerwiegender klimatischer oder umweltbedingter Belastungen, oder um das Wohlbefinden statt der Wachstumslogik ins Zentrum zu rücken. Der Förderverein gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit (2021) fordert die Entprivatisierung essenzieller Infrastruktur als Instrument für den sozial-ökologischen Wandel. Der Förderverein gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit plädiert des Weiteren für einen kostenlosen oder kostengünstigen Zugang zu sozialer Infrastruktur, d. h. zu Gesundheitsversorgung, Bildung, öffentlichem Verkehr, Energieversorgung, Internet und Wohnraum. In einer ähnlichen Richtung zielt der Vorschlag des Deutschen Caritasverbandes, die „IT-Infrastruktur und Softwaresysteme als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge aus(zu)bauen“ (2020, S. 18) und damit die Digitalisierung als Unterstützung zur Dekarbonisierung zu nutzen, auch wenn nicht explizit von ökologischer Daseinsvorsorge gesprochen wird. Ferner knüpft der Paritätische Gesamtverband an die regionale Daseinsvorsorge an, und skizziert das Ziel, durch Infrastrukturausbau Wege für aktive Mobilität zu kürzen und Verkehr zu reduzieren (2023).

3.6. SOZIALE MOBILITÄTSWENDE

Die sozialpolitischen Akteur*innen fordern, dass die Mobilitätswende niemanden zurücklässt und alle mitnimmt sowie die Bedürfnisse von schutzbedürftigen und vulnerablen Gruppen berücksichtigt. Dabei verfolgen sie zwei Hauptanliegen. Erstens soll die Barrierefreiheit garantiert werden (Der Paritätische Gesamtverband 2023; Sozialverband VdK Deutschland 2023). Es bestehen Forderungen nach einer Pflicht zur Barrierefreiheit für Mobilitätsanbieter, nach Nachteilsausgleichen (Bündnis sozialverträgliche Mobilitätswende 2021), sowie nach Barrierefreiheit befördernden Angeboten wie der Bahnhofsmision (Bär und Schaffert 2023) oder familienfreundlichen Warteräumen. Zweitens wird die kostenlose oder kostengünstige Vergabe von ÖPNV-Tickets an die jeweiligen Interessensgruppen der Wohlfahrt- und Sozialverbände eingefordert: für Kinder und Jugendliche (Deutscher Familienverband 2023) sowie für Einkommensarme und Bezieher*innen existenzsichernder Leistungen (Bär und Schaffert 2023; Der Paritätische Gesamtverband 2023; Sozialverband Deutschland 2023).

Rechtliche Instrumente sind ein weiterer Bestandteil der sozialen Mobilitätswende. Der motorisierte Individualverkehr steht im Vordergrund bei Instrumenten wie dem Tempolimit, dem Neubaustopp für Fernstraßen und der Reform des Straßenrechts mit Umwidmungen zugunsten des Rad- und Fußverkehrs (BUND und Der Paritätische Gesamtverband 2020, BUND und Der Paritätische Gesamtverband 2021b; Bär und Schaffert 2023; Deutscher Caritasverband 2023b; Deutscher Frauenrat 2023; Familienbund der Katholiken 2023).

Zuletzt, weniger spezifisch, jedoch innovativ, da sonst im Diskurs kaum erwähnt, sind hingegen die Instrumente, die vom Deutschen Frauenrat gefordert werden (2023). Unter anderem soll die Mobilitätswende Versorgungswege und kurze Wegzeiten priorisieren, und Frauen in der Planung und Umsetzung beteiligen.

3.7. OBER- UND UNTERGRENZEN FÜR ENERGIE UND WOHNEN

Der Energie- und Wohnbereich sind von Lock-in-Emissionen gekennzeichnet, d. h. von Emissionen, die an die Lebensgrundlagen gebunden und nur schwer einzusparen sind (Seto et al. 2016). Zugleich können einige Menschen grundlegende Wohn- und Energiebedürfnisse nicht decken, während andere mit einem Überfluss an Energiekonsum und Wohnmöglichkeiten leben. Um innerhalb der planetaren Grenzen ein gutes Leben für alle zu ermöglichen, werden in der Wissenschaft sowie in der Zivilgesellschaft Konsumkorridore diskutiert, die sich an Maxima und Minima, also Ober- und Untergrenzen orientieren und dazwischenliegen (Gough 2020; Fuchs et al. 2021; Bärnthaler und Gough 2023; Ökobüro und Die Armutskonferenz 2024).

In der Untersuchung werden zur Minderung von Emissionen aus Energie und Wohnen transformative klimasoziale Instrumente genannt, wie die Förderprogramme für Wohnflächenverkleinerungen und gemeinschaftliche Wohnformen (Dürr et al. 2021; Deutscher Caritasverband 2023b). Diese sind zwar selten erwähnt, jedoch sind sie umfassend und können zugleich auch gegen soziale Herausforderungen wie Einsamkeit und ungleiche Aufteilung der Care-Arbeit wirken und die Definition von Obergrenzen beeinflussen. Ähnlich ist der Vorschlag eines Energiesparprogrammes für hohe Einkommen im Diskurs zu unterstreichen, welches Energieungleichheiten angehen kann und sich an Suffizienz orientiert (Bär und Schaffert 2023).

Weiter fordern viele Organisationen, dass Kriterien für eine sozial gerechte Lastenverteilung bei existierenden Klimaschutzmaßnahmen gestärkt werden und somit Untergrenzen hervorgehoben werden. So soll die Modernisierungsumlage reformiert werden (BUND und Der Paritätische Gesamtverband 2021b; Bär und Schaffert 2023; BUND und Der Paritätische Gesamtverband 2023) und Gebäudesanierungen nach dem ‚Worst-first‘-Prinzip erfolgen, so dass energieineffiziente, günstige Wohnungen einkommensschwacher Haushalte zuerst saniert werden (Der Paritätische Gesamtverband 2023; Langendorf 2023), und diese Sanierungen sollen gefördert werden (Bär und Schaffert 2023). Zugleich sollen energiebezogene Sozialleistungen ausgeweitet und erhöht werden, z. B. Stromspar-Checks, Energiesparbegleitung und Unterstützung bei der Anschaffung energieeffizienter Haushaltsgeräte für Haushalte mit niedrigem Einkommen (Sozialplattform Klimaschutz 2019; Bär und Schaffert 2023). Die Antragsverfahren für soziale Leistungen (Wohngeld, Klima und Heizkostenkomponente) sollen vereinfacht werden (Luther 2021; Ratschlag Kinderarmut und Der Kinderschutzbund e. V. 2022). Von (Energie-)Armut betroffene Menschen sollen auch durch einen Verzicht auf Strom- und Gassperren und durch ein Kündigungsmoratorium geschützt werden (Klima-Allianz 2022; Netzwerk Ressourcenwende 2022).

Aus der Untersuchung geht ferner hervor, dass sich die Diskussion zur Überwindung von energie- und wohnungsbedingten Emissionen mehrheitlich auf das Upscaling schon bestehender Maßnahmen konzentriert und innovativere Instrumente, z. B. orientiert an Suffizienz für Haushalte mit hohem Einkommen, nur begrenzt vorkommen.

3.8. SCHUTZPROGRAMME VOR KLIMAAUSWIRKUNGEN

Direkte Maßnahmen zum Schutz vor negativen Klimaauswirkungen sind im Diskurs nur begrenzt präsent. Am häufigsten wird Hitze thematisiert, und Akteur*innen aus der Wohlfahrt, Familienpolitik und Altenpolitik sowie ein Sozialverband befassen sich hauptsächlich mit den damit zusammenhängenden Risiken für vulnerable Gruppen. Es werden in der Praxis bereits einige Projekte umgesetzt und somit eine praktische Herangehensweise zur Vorsorge und Anpassung ausprobiert. Die Arbeiterwohlfahrt setzt, gemeinsam mit der Deutschen Allianz Klimawandel und Gesundheit (KLUG), ein Projekt zum Hitzeschutz in der stationären Pflege um (AWO 2023b). Nach Abschluss der Pilotphase wurde das Projekt auf 90 Pflegeeinrichtungen ausgeweitet. Es wurden Maßnahmen erarbeitet, die sowohl Bewohner*innen als auch Mitarbeiter*innen einbeziehen, und Messungen des CO₂-Fußabdrucks sowie Hitzeschutz-Beratungen durchgeführt. Ähnliche Maßnahmen wie diese zum Hitzeschutz hat auch ein weiteres Projekt angeboten, jedoch zum Allgemeinen Klimaschutz in sozialen Einrichtungen (Der Paritätische Gesamtverband 2023).

Weiter wird die Ausweitung von Schutzprogrammen bei Klimawandelauswirkungen eingefordert. So appelliert die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO 2023) für die Umsetzung von Hitzeschutzplänen und Vorsorgemaßnahmen, beispielsweise in Gebäuden oder in der Stadtplanung. Hitzepläne für ältere und pflegebedürftige Menschen sowie ambulante Pflegedienste an Hitzetagen werden wiederum vom Sozialverband VdK Deutschland gefordert (Sozialverband VdK Deutschland, 2023).

3.9. ÖKOLOGISCHE ZEITPOLITIK

In begrenztem Ausmaß im Diskurs präsent, jedoch erwähnenswert für systemische, bereichsübergreifende und transformative Charakteristika, sind Instrumente der ökologischen Zeitpolitik, die oft noch nicht explizit als solche benannt werden.

Im Bereich der Familienpolitik werden Instrumente der Zeitpolitik skizziert, die positive ökologische Auswirkungen implizieren: von zeiteffizienter Mobilität über familienfreundliche Arbeitsorganisation mit Telearbeit (d. h. mobile Arbeit, die dank der technischen Möglichkeiten von zu Hause oder von anderen Orten als dem Büro aus erledigt werden kann) und erreichbare Freizeitangebote bis hin zu E-Government (eaf 2014). Weiter fordert der Deutsche Frauenrat mit dem Ziel der Geschlechtergerechtigkeit eine Mobilitätswende, die u. a. „Versorgungswege sicherstellt und Wegezeiten reduziert“ (Deutscher Frauenrat 2023). Grundlage dafür ist die Berücksichtigung der Zeitverwendung und -verfügbarkeit von Frauen, die von Geschlechterrollen geprägt ist: mehr Sorgearbeit und Teilzeitarbeit, und somit eine Mobilität, die Versorgungs-, Pflegetätigkeiten und weniger Einkommen vereinbaren muss. So wie eine klimasoziale Mobilitätsplanung die Bedürfnisse und Zeitverfügbarkeiten unterschiedlicher sozialer Gruppen erfüllen und verbessern kann, können auch Gemeinschaftswohnprojekte zeitpolitische Instrumente unterstützen und zur sozial-ökologischen Transformation beitragen. Ein umfassendes Beispiel in dieser Richtung ist der Bericht über Familien in gemeinschaftlichen Wohnformen vom Deutschen Jugendinstitut und von der Hochschule Karlsruhe (Dürr et al. 2021). Beispielsweise kann dem erhöhten Zeitdruck auf Familien, aufgrund höherer Erwerbsintensität und häufigerer Überlappung von Kinder- und Altenpflege, durch eine Umverteilung der Zeitressourcen und gemeinschaftlich organisierte (Pflege-)Arbeit sowie kürzere Wege in Gemeinschaftswohnformen entgegnet werden. Zugleich können gemeinschaftliche Wohnformen auch Antworten auf weitere soziale Herausforderungen, wie Einsamkeit, und klimafreundliche Lösungen beim Wohnbau (siehe auch Abschnitt 3.7) und der Lebensorganisation bieten.

Diese ersten Instrumente lassen das Potenzial zeitpolitischer Instrumente für eine Klimasozialpolitik auch, aber nicht nur in den Bereichen der Pflege, der Familien- und Geschlechterpolitik erkennen.

3.10. KLIMASOZIALER RECHTSRAHMEN

Für die Umsetzung eines sozial-ökologischen Wandels braucht es eine Verzahnung der ökologischen und sozialen Ziele auch auf der rechtlichen Ebene. Ein klimasozialer Rechtsrahmen ist ein notwendiger Bestandteil einer Klimasozialpolitik. Im analysierten Diskurs werden in dieser Richtung sowohl allgemeine als auch bereichsspezifische Vorschläge gemacht.

Zum ersten Punkt werden die Verankerung eines ökologischen Nachhaltigkeitsziels im Sozialrecht (Diakonie Deutschland 2022) und die Ergänzung eines Clusters für Pflege und eines Clusters für den sozialen Sektor (freie Wohlfahrtspflege und soziale Arbeit) im Bundes-Klimaanpassungsgesetz (KAnG) aufgeworfen (Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit e. V. (KLUG) 2023). Das Sozialrecht ist maßgeblich für die Refinanzierung der sozialen Arbeit und könnte durch die Ergänzung von Nachhaltigkeitskriterien klimafreundliche Sanierungen und Investitionen ermöglichen, die bisher nicht vorgesehen sind. Die Pflege- und Sozialer-Sektor-Cluster im KAnG würden entsprechende Klimaanpassungsstrategien bzw. -konzepte erfordern. Somit würden beide Vorschläge die Rahmenbedingungen stärken, innerhalb derer sozialpolitische Akteur*innen weitere Klimaschutzmaßnahmen umsetzen könnten.

Spezifischere rechtliche Forderungen betreffen sowohl einen rechtlichen Rahmen, um den Ressourcenverbrauch zu reduzieren (Recht auf Reparatur) (BUND und Der Paritätische Gesamtverband 2021b), als auch die Regulierung von Luxusemissionen (AWO, 2022a) und das Verbot von Inlandsflügen (Deutscher Caritasverband 2023b).

3.11. INTEGRATION VON KLIMAASPEKTEN IN VERSICHERUNGEN

Zum Thema Versicherung werden von sozialpolitischen Akteur*innen erste Ideen und Änderungen diskutiert, die den sozial-ökologischen Wandel und die Klimakrise berücksichtigen. Es können unterschiedliche Ansätze identifiziert werden, die sich darin unterscheiden, ob sie darauf abzielen, finanzielle oder soziale Risiken zu versichern, bzw. die sich in der Breite ihrer Zielgruppe unterscheiden.

Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft ist die Dachorganisation der privaten Versicherer in Deutschland und wurde vollständigshalber auch untersucht, da er als einer der sozialpolitischen Akteur*innen auf der Webseite gelistet ist, die als Ausgangsbasis für die Untersuchung diente. Einhergehend mit der Rolle der Organisation, fokussiert sich der Gesamtverband (2021) auf eine finanzielle Absicherung gegen Schäden der Klimakrise und schlägt dafür ein Konzept vor, das Klimafolgenanpassung, Versicherungsschutz und Vorsorge für katastrophale Schadenfälle umfasst.

Ein anderer Ansatz schlägt Versicherungsinstrumente vor, um soziale Risiken zu mindern. Der Bundesverband alleinerziehender Mütter und Väter (2019) schlägt eine Universalversicherung mit Mindestsicherungsziel für Rentner*innen vor, um gegen Altersarmut vorzugehen. Der universelle Ansatz, der Gemeinschaft fördert und Partikularisierung mindert, ist eine Charakteristik klimasozialer Instrumente, die den sozialen Zusammenhalt bei der Bewältigung der Klimakrise unterstützen. Weiter zeichnen eine breite Zielgruppe und ein integrierter Ansatz den Vorschlag einer sozialen Initiative aus, die eine universale Bürgerversicherung als Teil umfassender Forderungen vorschlägt („Wer hat, der gibt“ Bündnis 2021). Dabei werden soziale und ökologische Herausforderungen als verwoben betrachtet und integrierte Lösungen zur Umverteilung von Reichtum, zu sozialer Absicherung und Minderung von ökologischer Zerstörung skizziert.

Schließlich werden auch Konzepte aus der Klimasozialpolitikforschung (Nullmeier 2022) von sozialpolitischen Akteur*innen aufgegriffen. Eine Ökosozialversicherung als weitere Säule neben bestehenden Sozialversicherungszweigen kann der gerechten Verteilung der Kosten und Nutzen der sozial-ökologischen Transformation in der Gesellschaft dienen (Rockhoff und Guske 2023) und wird von der Diakonie Deutschland im Rahmen von Diskussionen zu Familienpolitik und sozialer Ungleichheit erwähnt.

4 Innovative klimasoziale Instrumente und Ansätze

Der sozial-ökologische Wandel braucht eine Vielfalt an Akteur*innen, die ihn vorantreiben, und entsprechende Politikinstrumente. Auf dem Weg zu einer klimafreundlichen Gesellschaft

sind Instrumente besonders wirksam und erfolgreich, die nicht nur punktuell ansetzen, sondern durch ihren systemischen Ansatz auf mehreren Ebenen und in mehreren Bereichen innovativ sind. Hier werden einige der analysierten klimasozialen Instrumente, aber auch ganzheitliche Ansätze der Akteur*innen als innovative Beispiele zur Anregung und Diskussionsförderung hervorgehoben. Progressive, systemische Vorschläge und Forderungen nach konkreten Instrumenten werden insbesondere von Allianzen zwischen Sozial-, Umwelt- und Klimaorganisationen, sowie von sozialen Initiativen vorgebracht. Beispielsweise hat der Paritätische Gesamtverband zusammen mit dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) einen Vorschlag für die administrative Umsetzung der Klimaprämie vorgestellt (2021b) oder die Abschaffung von Kaufbeihilfen für private Pkw eingefordert (2020). Die Klima-Allianz (2022), ein Bündnis u. a. aus Umwelt- und Sozialverbänden, hat ein breites Investitions- und Maßnahmenpaket für Klimaschutz und soziale Sicherheit eingefordert. Im Rahmen dessen sollen z. B. die Grundsicherung und ihre Regelsätze erhöht werden und ein ökologisches Existenzminimum als Kalkulationsbasis genommen werden, sodass eine Teilnahme am sozial-ökologischen Wandel möglich ist (Sozialplattform Klimaschutz 2019; Bündnis sozialverträgliche Mobilitätswende 2021; Rockhoff und Guske 2023). Eine innovative Idee ist auch die Idee einer Ökosozialversicherung (Rockhoff und Guske 2023), die in Abschnitt 3 beschrieben wird.

Als progressiv stechen ferner auch Vorschläge und Ideen hervor, die sich an Suffizienz orientieren. Vor dem Hintergrund zunehmender sozioökonomischer Ungleichheiten und dem deutlich höheren Beitrag der obersten 10 % und 1 % der reichsten Weltbevölkerung an der ökologischen Überbelastung, ist Suffizienz eine Strategie oder ein Prinzip, um innerhalb planetarer Grenzen die Grundbedürfnisse aller Menschen zu befriedigen (Ökobüro und Die Armutskonferenz 2024). Suffizienz-Maßnahmen fördern ein Leben, das weder von Überfluss noch von Mangel bestimmt ist, sodass der Verbrauch und der ökologische Druck reduziert werden und zugleich alle Menschen gut leben können. Die Debatte über Suffizienz-Strategien und -Instrumente für einen sozial-ökologischen Wandel weitet sich aus, wie das im März 2024 erschienene Diskussionspapier *Suffizienz als ‚Strategie des Genug‘* des Sachverständigenrats für Umweltfragen der Bundesregierung bestätigt. In der Untersuchung stehen dazu insbesondere Beiträge von Akteur*innen in der Armutsbekämpfung und der Arbeiterwohlfahrt hervor. Der Deutsche Caritasverband hat diesem Thema einige Artikel mit Erläuterungen und Beispielen gewidmet (Bär und Schaffert 2023; Best und Lage 2023; Deutscher Caritasverband 2023b). Dabei wird Genügsamkeit als eine notwendige und soziale Antwort auf die Klimakrise diskutiert, und das Konzept wird anhand von Instrumenten wie dem Energiesparprogramm für Personen mit hohem Einkommen, die Vielfliegerabgabe oder Förderprogramme bei Wohnflächenverkleinerung für Menschen mit viel Wohnraum konkretisiert. Ähnlich erwähnt die AWO die Notwendigkeit der Regulierung von Luxusemissionen (AWO 2022a), denn Menschen mit einem hohen Einkommen oder Vermögen verstärken den Klimawandel am meisten, während Menschen mit geringem Einkommen dessen Konsequenzen am stärksten erleiden, wie in einem aktuellen Bericht von Oxfam ausgearbeitet wurde (Khalfan et al. 2023).

Daher sollen komplementär für Haushalte mit niedrigem Einkommen und Konsum Freigrenzen bei der CO₂-Bepreisung gelten (Diakonie Deutschland 2021). Auch der Förderverein gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit (2019) knüpft eine Antwort auf den Klimawandel an das Einkommen sowie an das Streben nach einem ‚guten Leben‘. Er schlägt ein Existenzgeld vor, das unabhängig von der Staatsbürgerschaft zustehen soll und unter Berufung auf das Recht auf Nahrung und das Recht auf Wohnen gefordert wird. Der Förderverein gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit strebt noch weitergehende gesellschaftliche Veränderungen an und fordert

als Mitglied des Bündnisses ‚Wer hat, der gibt‘ eine Reihe von Maßnahmen zur Umverteilung des Reichtums sowie der Vergesellschaftung der notwendigen Infrastruktur.

Abschließend sind die Positionen einiger Akteur*innen zu erwähnen, die zwar eher vage Instrumente und Umsetzungsideen empfehlen, sich aber durch systemische und umfassende Ansätze zur Klimasozialpolitik auszeichnen. Die BAGSO (2018) setzt sich sowohl dafür ein, dass die Bedürfnisse der eigenen Interessensgruppe (Senior*innen) in Klimaschutzstrategien mitberücksichtigt werden, als auch dafür, dass Lebenschancen für alle Menschen, unabhängig von Herkunft und Wohnort, garantiert werden. Das Deutsche Jugendinstitut (Dürr et al. 2021) geht vom Konzept der gemeinschaftlichen Wohnformen aus und hebt dessen Vorteile für Familienpolitik sowie Ökologie, Pflege und Arbeit hervor. Der Deutsche Frauenrat (2023) trägt zur klimasozialen Debatte eine feministische Perspektive bei und liefert Vorschläge, die sich an dem Konzept der Suffizienz orientieren. Zuletzt der Familienbund der Katholiken, der ankündigt, angefangen zu haben, an konkreten Positionen und Forderungen zur Klimagerechtigkeit zu arbeiten. Dabei werden eine gemeinwohlorientierte Wirtschaft und Generationengerechtigkeit eine wichtige Rolle spielen, und somit potenziell eine weitere Perspektive in die klimasoziale Debatte einbringen.

5 Fazit

Der Diskurs sozialpolitischer Akteur*innen über klimasoziale Instrumente in Deutschland reicht von einigen ausgereiften Positionen bis hin zu solchen, die noch im Anfangsstadium stecken oder ganz fehlen. Insgesamt haben jedoch nur circa zwei Drittel der untersuchten Akteur*innen zumindest eine Idee oder einen Maßnahmen-Vorschlag zur klimasozialpolitischen Debatte beigetragen. Einige Akteur*innen befinden sich noch im Anfangsstadium ihrer klimasozialen Positionen. Es bleibt also noch viel Raum und Potenzial für die Entfaltung der Debatte und somit für die Umsetzung notwendiger klimasozialer Instrumente. Positiv stechen sozialpolitische Akteur*innen hervor, die eigene Stellen für Referent*innen für sozial gerechte Klimapolitik bzw. sozial-ökologische Transformation beschäftigen, oder einen Fachausschuss zu Klimaschutz und Klimagerechtigkeit umgesetzt haben.

Die diskutierten Instrumente werden manchmal nur grob skizziert (etwa: ‚Barrierefreie Mobilität‘ ohne nähere Spezifikation), andernorts aber sehr spezifisch durchdiskutiert, bis hin zur Vorstellung konkreter Umsetzungsmöglichkeiten. Es wird auch explizit von einer sozial-ökologischen Transformation gesprochen, wobei sich die Ansätze in Bezug auf das Ausmaß und die Art des notwendigen Wandels unterscheiden. Die untersuchten Akteur*innen befassen sich auch mit einigen Vorschlägen für klimasoziale Instrumente in den Bereichen, die bisher in der Klimasozialpolitik wenig erforscht wurden, wie z. B. Erwerbslosigkeit, Grundsicherung, Familienpolitik, Pflege oder Alterssicherung (Bohnenberger 2022). Der Förderverein gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit setzt sich für die Entprivatisierung essenzieller Infrastruktur ein, als ein Weg, um den ökologischen Ressourcenverbrauch zu reduzieren und gerechter zu verteilen. Akteur*innen aus der Wohlfahrtspflege pochen auf Maßnahmen wie das Klimageld und die Anpassung der Grundsicherungssätze, um u. a. die Teilnahme an der sozial-ökologischen Transformation zu ermöglichen. Familienpolitische Akteur*innen diskutieren sowohl Mainstream-Themen der Mobilität und Wohnen als auch neue zeitpolitische Vorschläge und Ideen zur Garantie des Existenzminimums. Unter Akteur*innen der Altenpolitik dominiert das Thema des Hitzeschutzes; diskutiert wird aber auch die Desinvestition der Renten und Pensionsfonds aus fossilen Ressourcen. Insbesondere die Wohlfahrtsverbände setzen sich für den Schutz vulnerabler Gruppen vor negativen sozialen Auswirkungen der Klimakrise ein und fordern die Berücksichtigung ihrer Zielgruppen bei der Energie- und Mobilitätswende, beispielsweise durch Maßnahmen zur Gewährleistung von Barrierefreiheit. Verbreitet sind auch betriebliche klimafreundliche Maßnahmen (die auf Minderung von Emissionen sowie Anpassung an den Klimawandel zielen), vorwiegend Energieeffizienz und Gebäudesanierung, sowie nachhaltige Beschaffungsrichtlinien (Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege 2021).

Einige Akteur*innen stehen mit ihrer Positionierung zu Umwelt- und Klimathemen erst am Beginn und sind somit eher zaghaft in ihren Forderungen nach klimasozialen Maßnahmen. Solche Akteur*innen orientieren sich meist an schon breit eingeforderten Instrumenten wie

Tempolimit, Klimageld und Hitzeschutz (Familienbund der Katholiken 2023). Es gibt jedoch Anzeichen, dass die Debatte rasch und umfassend wächst. Der Familienbund kündigt z. B. an, an einem Positionspapier mit konkreten Maßnahmen zu arbeiten, in dem Klimaschutz und gesellschaftspolitische Entwicklungen aus der Perspektive der Generationengerechtigkeit, der globalen Verantwortung und der Nachhaltigkeit zusammen gedacht werden sollen.

Die vorliegende Analyse klimasozialer Instrumente bietet einen Einblick in den Diskurs der sozialpolitischen Akteur*innen in Deutschland sowie Material für die Klimasozialpolitikforschung anhand der besprochenen beispielhaften Instrumente. Im Rahmen der Untersuchung konnten Instrumente identifiziert werden, die den drei zu Beginn von Abschnitt 2 vorgestellten Forschungsrichtungen zugeordnet werden können. Die Mehrheit der identifizierten Instrumente berücksichtigt die soziale Auswirkung von Klimapolitik und der Klimakrise und ist damit mit dem ersten Forschungsstrang verbunden. In zukünftigen Analysen könnten Vergleiche mit anderen Ländern durchgeführt werden (siehe z. B. für Österreich der wissenschaftliche und zivilgesellschaftliche Bericht von Ökobüro und Die Armutskonferenz, 2024). Bisher wurden vor allem Instrumente für explizite und direkte Umwelt- und Klimawirkungen betrachtet. Es könnten Instrumente ergänzt werden, die vor sozialen Risiken aufgrund indirekter Folgen der Klimakrise schützen, wie z. B. Unterstützung im Falle einer Preisinflation für Grundnahrungsmittel als Folge von erhöhten Durchschnittstemperaturen (Kotz et al. 2024). Ebenfalls könnte beleuchtet werden, welche indirekten ökologischen Folgen sozialpolitische Instrumente haben, z. B., wie sich familienpolitische Maßnahmen auf die Zeitverwendung und den CO₂-Ausstoß auswirken. Zuletzt weisen integrierte klimasoziale Instrumente ein signifikantes transformatives Potenzial auf. Der Prozess ihrer Entwicklung, Förderung und Umsetzung wäre ein weiteres vielversprechendes Forschungsfeld mit praxisrelevanter Bedeutung.

Annex

Tabelle A: Übersicht aller Instrumente je nach Strategie

	Strategie	Instrumente
	Finanzielle Ressourcen	
1	Ökologisch-ökonomische (Um-)Verteilung	<ul style="list-style-type: none"> • Erbschafts- und Vermögenssteuer • Europäische Finanztransaktionssteuer • Spitzensteuersatz • Klimageld, als Pro-Kopf-Rückverteilung der CO₂-Bepreisungseinnahmen an die Bürger*innen
2	Grundsicherung zur Transformationsteilhabe	<ul style="list-style-type: none"> • Kindergrundsicherung • Anpassung der Höhe der Grundsicherung an einen armutsfesten, klimaverträglichen Lebensstil • Existenzgeld, ohne Bedürftigkeitsprüfung und Arbeitsvorgaben
3	Finanzierung klimafreundlicher Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • Betriebliche Klimaschutzmaßnahmen (Investitionsoffensive Gebäude; Klima-Manager*innen; Klimaschutzberatung; klimafreundliches Bauen und Sanieren für soziale Mietpreise) • Refinanzierung von Klimaschutz u. Klimaanpassungsmaßnahmen in sozialen Einrichtungen sichern • Schuldenbremse von klimarelevanten öffentlichen Investitionen streichen
4	Finanzielle Anreize zur Abschaffung klimaschädlicher Strukturen	<ul style="list-style-type: none"> • Divestment der Renten und Pensionsfonds aus fossilen Ressourcen • Abschaffung sozial- und klimaschädlicher Subventionen (z. B. Dienstwagenprivileg; Kaufbeihilfen für private Pkw; Kerosinsteuerbefreiung) • Progressive Vielfliegerabgabe • Primärbaustoff- u. Materialinputsteuer • Prämien für die Abschaffung von Pkw (und Wechsel auf emissionsärmere Transportmittel)

		<ul style="list-style-type: none"> • CO₂-Grenzausgleichssystem (Carbon Border Tax) • CO₂-Preis
	Infrastruktur	
5	Ökologische Daseinsvorsorge	<ul style="list-style-type: none"> • Kostenloser oder kostengünstiger Zugang zu sozialer Infrastruktur, z. B. Pflege • Ausbau relevanter IT-Infrastruktur als Daseinsvorsorge • Entprivatisierung essenzieller Infrastruktur
6	Soziale Mobilitätswende	<ul style="list-style-type: none"> • Maßnahmen zur Barrierefreiheit, z. B. Verpflichtung zur Barrierefreiheit für alle Verkehrsanbieter • Soziales ÖPNV-Ticket, z. B. kostenlos für niedrige Einkommen, Kinder u. Jugendliche • Verkehrspolitik für Versorgungswege und kurze Wegzeiten bei aktiver Mobilität • Geschlechtergerechte Mobilität, z. B. Frauenbeteiligung in Planung und Umsetzung • Neubaustopp Fernstraßen • Reform des Straßenrechts, z. B. Tempolimit
7	Ober- und Untergrenzen für Energie und Wohnen	<p>Wohnen und Sanieren:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Förderprogramme für Wohnflächenverkleinerung und gemeinschaftliche Wohnformen • Förderungen für Sanierungen und Heizungsumbau: an Einkommenshöhe oder an eine maximale genutzte Wohnfläche koppeln; für Einkommensschwächere und im betreuten Wohnen • ‚Worst first‘ als Leitprinzip bei der Gebäudesanierung • EU-Kreditvergaberichtlinie für leistbare Sanierung • Reform der Modernisierungumlage im Mietverhältnis <p>Energiekonsum und -kosten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Suffizienz-Orientierung: Energiesparprogramm für Menschen mit hohem Einkommen • Schutz bei Energiearmut: keine Strom- und Gassperren, Kündigungsmoratorium • Stromspar-Check für Einkommensschwache ausweiten, Energiesparbegleitung • Vereinfachte Antragsverfahren für Klima- und Heizkostenkomponente
8	Schutzprogramme vor Klimaauswirkungen	<ul style="list-style-type: none"> • Hitzeaktionspläne für den Schutz älterer und pflegebedürftiger Menschen • Projekte zum Hitze- und Klimaschutz in der Pflege und Sozialen Arbeit
	Institutionalisierung	

9	Ökologische Zeitpolitik	<ul style="list-style-type: none"> • Telearbeit als familienfreundliche Arbeitsorganisation mit ökologischen Vorteilen • Familien in gemeinschaftlichen Wohnformen: Umverteilung der Zeitressourcen, Bekämpfung von Einsamkeit und ökologisches Bauen • Geschlechtergerechte Mobilitätswende, die geschlechterrollengeprägte Zeitverwendung berücksichtigt und Wegezeiten reduziert
10	Klimasozialer Rechtsrahmen	<ul style="list-style-type: none"> • Verankerung des ökologischen Nachhaltigkeitsziels im Sozialrecht • Klimaanpassungsgesetz (KAnG) als klarer gesetzlicher Rahmen für gesundheitlichen Hitzeschutz und Hitzeresilienz • Cluster des sozialen Sektors und der Pflege im KAnG • Regulierung von Luxusemissionen, z. B. Verbot von Inlandsflügen • Recht auf Reparatur
11	Integration von Klimaaspekten in Versicherungen	<ul style="list-style-type: none"> • Zusätzliche Ökosozialversicherung • Bürger*innenversicherung • Universalversicherung in der Rente

Tabelle B: Übersicht der untersuchten Akteur*innen

Kategorie	Untersuchte Akteur*innen
Allgemein	Zentrum für neue Sozialpolitik* Zentrum für gesellschaftlichen Fortschritt*
Altenpolitik	Deutsches Zentrum für Altersfragen* Kuratorium Deutsche Altershilfe Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen
Arbeitnehmerkammern	Arbeitnehmerkammer Bremen* Arbeitskammer Saarland*
Familienpolitik	Deutscher Familienverband Der Kinderschutzbund Verband alleinerziehender Mütter und Väter Pro Familia* Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Familienfragen Familienbund der Katholiken Deutsches Jugendinstitut
Frauenpolitik	Deutscher Frauenrat
Hochschulen	Deutsches Studentenwerk

Organisationsforschung	Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung*
Rentenversicherung	Deutsche Rentenversicherung* Sozialbeirat*
Selbsthilfe, Soziale Initiativen	Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe* Förderverein gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit
Sozialverbände	Sozialverband Deutschland ^ Sozialverband VdK Deutschland ^ Volkssolidarität ^
Versicherungen	Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung* Deutscher Verein für Versicherungswissenschaft* Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft
Wohlfahrtspflege und -verbände	Arbeiterwohlfahrt ^ Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Deutscher Caritasverband ^ Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband ^ Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge* Deutsches Rotes Kreuz* Diakonie Deutschland

(*Es wurden keine klimasozialen Instrumente, Ideen oder Positionen für diese Akteur*innen gefunden; ^ Teil der Sozialplattform Klimaschutz)

Literatur

- AWO. 2022a. Den Wandel solidarisch gestalten. Gemeinsam für die sozial-ökologische Transformation. AWO Bundesverband. https://awo.org/sites/default/files/2022-05/AWO_PosPap_Sozial-%C3%B6kologische%20Transformation_0.pdf. Zugegriffen: 23. November 2023.
- AWO. 2022b. Klimaschutz ist Solidarität! Unser Weg zur Klimaneutralität. AWO Bundesverband. https://wirarbeitendran.awo.org/system/files/document/Beschluss_%20%C3%96ffentliche%20Fassung_FINAL.pdf. Zugegriffen: 23. November 2023.
- AWO. 2023a. Klimaschutz ist Solidarität! *Ansicht 23/3*: 12–13. https://awo.org/sites/default/files/2023-09/ansicht_3_23_0.pdf. Zugegriffen: 23. November 2023.
- AWO. 2023b. Hitzeschutz in der Pflege. *Ansicht 23/3*: 17. https://awo.org/sites/default/files/2023-09/ansicht_3_23_0.pdf. Zugegriffen: 23. November 2023.
- BAGSO. 2018. Für eine solidarische Gesellschaft, für eine lebendige Demokratie. Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen. https://www.bagso.de/fileadmin/user_upload/bagso/06_Veroeffentlichungen/2018/BAGSO_DBJR_Positionspapier_Solidarische_Gesellschaft.pdf. Zugegriffen: 30. November 2023.
- BAGSO. 2021. BAGSO-Positionspapier: Generationenaufgabe Klimaschutz – für die Welt von morgen. Positionspapier. BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen e. V. https://www.bagso.de/fileadmin/user_upload/bagso/06_Veroeffentlichungen/2021/BAGSO-Positionspapier_Generationenaufgabe_Klimaschutz.pdf. Zugegriffen: 23. November 2023.
- BAGSO. 2023. Ältere Menschen vor Hitze schützen. Alle Kommunen brauchen einen Hitzeaktionsplan. Pressemitteilung. Bonn: Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen. <https://www.bagso.de/spezial/aktuelles/detailansicht/aeltere-menschen-vor-hitze-schuetzen/>. Zugegriffen: 23. November 2023.
- Bär, Irene und Astrid Schaffert. 2023. *neue caritas spezial* 23/1. Deutscher Caritasverband. <https://klima.caritas.de/zeitschrift-neue-caritas-spezial-zu-sozial-gerechter-klimapolitik/>. Zugegriffen: 23. November 2023.
- Bärnthaler, Richard und Ian Gough. 2023. Provisioning for sufficiency: envisaging production corridors. *Sustainability: Science, Practice and Policy* 19: 2218690. <https://doi.org/10.1080/15487733.2023.2218690>.

- Best, Benjamin und Jonas Lage. 2023. Suffizienz als Strategie für eine lebenswerte Zukunft. *neue caritas* 15. Deutscher Caritasverband. <https://www.caritas.de/neue-caritas/heftarchiv/jahrgang2023/artikel/suffizienz-als-strategie-fuer-eine-lebenswerte-zukunft>. Zugegriffen: 23. November 2023.
- BUND und Der Paritätische Gesamtverband. 2020. Konjunkturpaket für eine sozial-ökologische Transformation. https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Schwerpunkte/Klima/doc/BUND_DerParitaetische_AnforderungenKonjunkturpaket.pdf. Zugegriffen: 23. November 2023.
- BUND und Der Paritätische Gesamtverband. 2021a. Soziale Ausgestaltung höherer CO₂-Preise über einen Ökobonus – Vorschlag zur administrativen Umsetzung. Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland; Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband. https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Schwerpunkte/Klima/Paritaet_BUND-Umsetzung_Oekobonus.pdf. Zugegriffen: 23. November 2023.
- BUND und Der Paritätische Gesamtverband. 2021b. Eine Zukunftsagenda für die Vielen. Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland; Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband. https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Schwerpunkte/Klima/Broschuere_Zukunftsagenda_BUND-PARITAET.pdf. Zugegriffen: 23. November 2023.
- BUND und Der Paritätische Gesamtverband. 2023. Factsheet. Effiziente Gebäude: sozial und ökologisch unverzichtbar! Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland; Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband. https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/effiziente-gebaeude-sozial-oekologisch-unverzichtbar-factsheet-bund-paritaetischer-gesamtverband-2023.pdf. Zugegriffen: 23. November 2023.
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege. 2021. Forderungen an die Bundesregierung Klimaschutz in der Freien Wohlfahrtspflege fördern! Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege. https://www.bagfw.de/fileadmin/user_upload/Veroeffentlichungen/Stellungnahmen/2021/2021-07-27_Forderungspapier_-_Klimaschutz_in_der_FW_f%C3%B6rdern.pdf. Zugegriffen: 23. November 2023.
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege. 2023. Stellungnahme der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V. (BAGFW) zur EU-Sondierung zur Strategischen Vorausschau 2023. Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege. https://www.bagfw.de/fileadmin/user_upload/Veroeffentlichungen/Stellungnahmen/2023/2023_03_13__BAGFW_Sondierungsbeitrag_Strategische_Vorausschau_2023.pdf. Zugegriffen: 23. November 2023.
- Bündnis sozialverträgliche Mobilitätswende. 2021. Wie wir das Klima schützen und eine sozial gerechte Mobilitätswende umsetzen können. Bündnis sozialverträgliche Mobilitätswende. <https://www.sovd.de/fileadmin/bundesverband/pdf/broschueren/klimaschutz/sozialvertraegliche-mobilitaetswende-web.pdf>. Zugegriffen: 23. November 2023.
- Cremer, Julia. 2024. Collective Actors and potential Alliances for eco-social Policies in Germany. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*. <https://doi.org/10.1007/s41358-024-00374-w>.
- Cremer, Julia und Katharina Bohnenberger. 2024. Ideen und Konfliktlinien im deutschen Diskurs zur Bildung von Allianzen für eine integrierte Klima- und Sozialpolitik. *Sozialer Fortschritt*. Special Issue: Sozialpolitische Aspekte der ökologischen Transformation. 2024/6-7.

- Der Paritätische Gesamtverband. 2023. Für eine sozial-ökologische Zukunft: Ungleichheit bekämpfen. Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband. https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Schwerpunkte/Klima/doc/MV2023_Leitang.pdf. Zugegriffen: 23. November 2023.
- Der Paritätische Gesamtverband. 2023. Projekt „Klimaschutz in der Sozialen Arbeit stärken“. Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband. <https://www.der-paritaetische.de/themen/bereichsuebergreifende-themen/umweltschutz/projekt-klimaschutz-in-der-sozialen-arbeit-staerken/>. Zugegriffen: 23. November 2023.
- Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit e. V. (KLUG). 2023. Gemeinsame Stellungnahme zum aktuellen Entwurf des Klimaanpassungsgesetzes. Netzwerk Klimawandel Gesundheit. https://www.klimawandel-gesundheit.de/stellungnahme-klimaanpassungsgesetz/#_ftn3. Zugegriffen: 23. November 2023.
- Deutscher Caritasverband. 2020. Klimaschutz ambitioniert und sozial gerecht gestalten. Hintergrundpapier. Hintergrundpapier des Deutschen Caritasverbandes. <https://klima.caritas.de/caritasundklimaschutz/>. Zugegriffen: 23. November 2023.
- Deutscher Caritasverband. 2023a. Klima- und sozialpolitische Forderungen. *Caritas-Klimablog*. <https://klima.caritas.de/klimapolitische-forderungen/>. Zugegriffen: 23. November 2023.
- Deutscher Caritasverband. 2023b. Probier's mal mit Genügsamkeit. *neue caritas* 15. Deutscher Caritasverband. <https://www.caritas.de/neue-caritas/heftarchiv/jahrgang2023/artikel/probiers-mal-mit-genuegsamkeit>. Zugegriffen: 23. November 2023.
- Deutscher Familienverband. 2023. Forderungen zur finanziellen Entlastung und Unterstützung von Familien. Deutscher Familienverband. https://www.deutscher-familienverband.de/wp-content/uploads/2023/03/20220313_Forderungen-zur-finanziellen-Entlastung-und-Unterstuetzung-von-Familien.pdf. Zugegriffen: 23. November 2023.
- Deutscher Frauenrat. 2023. Klimaschutz geht alle an! Klimaschutz und Geschlechtergerechtigkeit aus Frauenperspektive. Deutscher Frauenrat. <https://www.frauenrat.de/themen/gleichstellungspolitik/klima/>. Zugegriffen: 23. November 2023.
- Deutsches Studierendenwerk. 2021. Der Campus nach Corona: sozial, digital und nachhaltig. DSW-Impulse für eine starke soziale Infrastruktur an den Hochschulen. <https://www.studierendenwerke.de/beitrag/der-campus-nach-corona-sozial-digital-und-nachhaltig-dsw-impulse-fuer-eine-starke-soziale-infrastruktur-an-den-hochschulen>. Zugegriffen: 23. November 2023.
- Diakonie Deutschland. 2021. Bundestagswahlen 2021: Klimaschutz ermöglichen und sozial gestalten. Forderungen. Diakonie Deutschland. https://www.diakonie.de/fileadmin/user_upload/BTW-Klima_2021-05-20.pdf. Zugegriffen: 23. November 2023.
- Diakonie Deutschland. 2022. Vier Schritte zur emissionsfreien Gesundheits- und Sozialwirtschaft Im Bereich der Sozialimmobilien. Diakonie Deutschland. https://www.diakonie.de/fileadmin/user_upload/Diakonie/PDFs/Pressemitteilung_PDF/2022-11-21_Refinanzierung_Nachhaltigkeit_Kurzfassung_im_Layout_FINAL.pdf. Zugegriffen: 23. November 2023.
- Dürr, Susanne, Gerd Kuhn, Nanni Abraham, Martina Heitkötter und Shih-cheng Lien. 2021. *Familien in gemeinschaftlichen Wohnformen* 25/2021. Deutsches Jugendinstitut.

- eaf. 2014. Gutes Leben für Familien?! Dokumentation 27. Rendsburg: evangelische arbeitsgemeinschaft familie. https://www.eaf-bund.de/sites/default/files/2015-02/150203_eaf_Dokumentation__END.pdf. Zugegriffen: 23. November 2023.
- Familienbund der Katholiken. 2023. Interview zum Thema Klimagerechtigkeit mit Ulrich Hoffmann. <https://www.familienbund.org/presse/pressemitteilungen/interview-zum-thema-klimagerechtigkeit-mit-ulrich-hoffmann>. Zugegriffen: 23. November 2023.
- Förderverein gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit. 2019. Gutes Leben benötigt Existenzgeld! <https://www.bag-plesa.de/themen/gutleben/Gebrauchsanweisung.pdf>. Zugegriffen: 23. November 2023.
- Fuchs, Doris A., Marlyne Sahakian, Tobias Gumbert, Antonietta Di Giulio, Michael Maniates, Sylvia Lorek und Antonia Graf. 2021. *Consumption Corridors: Living a Good Life within Sustainable Limits*. Routledge Focus in Environment & Sustainability. London, New York: Routledge, Taylor & Francis Group. <https://doi.org/10.4324/9780367748746>.
- Gerold, Stefanie, Maja Hoffmann und Ernest Aigner. 2023. Towards a critical understanding of work in ecological economics: A postwork perspective. *Ecological Economics* 212: 107935. <https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2023.107935>.
- Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft. 2021. Versicherung gegen Naturgefahrenereignisse in Deutschland: Gesamtkonzept der deutschen Versicherer. Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft. <https://www.gdv.de/resource/blob/71796/6769b9563c300db77d026d963cd45cc6/positionspapier-versicherung-gegen-naturgefahrenereignisse-in-deutschland-data.pdf>. Zugegriffen: 23. November 2023.
- Gough, Ian. 2019. Universal Basic Services: A Theoretical and Moral Framework. *The Political Quarterly* 90: 534–542. <https://doi.org/10.1111/1467-923X.12706>.
- Gough, Ian. 2020. Defining floors und ceilings: the contribution of human needs theory. *Sustainability: Science, Practice and Policy* 16: 208–219. <https://doi.org/10.1080/15487733.2020.1814033>.
- Institute for Global Prosperity. 2017. Social prosperity for the future: A proposal for Universal Basic Services. An IGP Knowledge Network Report. London: Institute for Global Prosperity. <https://www.ucl.ac.uk/bartlett/igp/publications/2022/feb/social-prosperity-future-proposal-universal-basic-services-2017>. Zugegriffen: 29. November 2023.
- Ivanova, Diana und Richard Wood. 2020. The unequal distribution of household carbon footprints in Europe and its link to sustainability. *Global Sustainability* 3: e18. <https://doi.org/10.1017/sus.2020.12>.
- Khalfan, Ashfaq, Astrid Nilsson Lewis, Carlos Aguilar, Jaqueline Persson, Max Lawson, Nafkote Dabi, Safa Jayoussi und Sunil Acharya. 2023. *Climate Equality: A planet for the 99%*. Oxfam International. <https://doi.org/10.21201/2023.000001>.
- Kinderschutzbund Bundesverband e. V. 2023. Stellungnahme des Kinderschutzbund Bundesverband e.V. zum Referentenentwurf einer Kindergrundsicherung. https://kinderschutzbund.de/wp-content/uploads/2023/09/Stellungnahme_Kinderschutzbund_RefE-Kindergrundsicherung-230906.pdf. Zugegriffen: 23. November 2023.

- Klima Allianz. 2022. Aus der Krise mit Klimaschutz und sozialer Sicherheit. Klima Allianz. https://bnw-bundesverband.de/sites/default/files/inline-files/Aus%20der%20Krise%20mit%20Klimaschutz%20und%20sozialer%20Sicherheit_%20Klimaallianz.pdf. Zugegriffen: 23. November 2023.
- Kotz, Maximilian, Friderike Kuik, Eliza Lis und Christiane Nickel. 2024. Global warming and heat extremes to enhance inflationary pressures. *Communications Earth & Environment* 5: 116. <https://doi.org/10.1038/s43247-023-01173-x>.
- Krumm, Thomas, Thomas Noetzel und Bettina Westle. 2009. Dokumentenanalyse. In *Methoden der Politikwissenschaft*, Hrsg. Bettina Westle, 325–334, Baden-Baden: Nomos.
- Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA). 2022. Studie Betreutes Wohnen. Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA). <https://kda.de/studie-betreutes-seniorenwohnen-2022-erschienen/>. Zugegriffen: 23. November 2023.
- Langendorf, Mathilde. 2023. Energetische Gebäudesanierung: Deutschland muss auf EU-weite Standards pochen. Caritas. Pressemeldungen. <https://www.caritas.de/presse/pressemeldungen-dcv/energetische-gebaeudesanierung-deutschland-muss-auf-eu-weite-standards-pochen-652d5b62-8a90-41c8-9a60-f5a245e1dab1>. Zugegriffen: 23. November 2023.
- Luther, Philipp. 2021. Energiepreise: Wie der AWO-Chef Hartz-4-Empfänger entlasten will. <https://www.waz.de/politik/hartz-4-heizkosten-zuschuss-gruene-preise-ampel-id233677103.html>. Zugegriffen: 23. November 2023.
- Netzwerk Ressourcenwende. 2022. Policy Briefing. Wir brauchen eine sozial-ökologische Wohn- und Bauwende. Netzwerk Ressourcenwende. <https://www.ressourcenwende.net/publikationen/wir-brauchen-eine-sozial-oekologische-wohn-und-bauwende/>. Zugegriffen: 23. November 2023.
- Nullmeier, Frank. 2022. The Structural Adaptability of Bismarckian Social Insurance Systems in the Digital Age. In *Digitalization and the Welfare State*, Hrsg. Frank Nullmeier, 290–303, Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/oso/9780192848369.003.0016>.
- Ökobüro und Die Armutskonferenz. 2024. Von allem genug, von nichts zu viel. Schritte zu einem ökologisch und sozial gerechten Ressourcen- und Energieverbrauch. Hintergrundpapier. https://oekobuero.at/files/1132/hintergrundpapier_empfehlungen_von-allem-genug_armutskonferenz_oekobuero_2024.pdf. Zugegriffen: 09. Juni 2024.
- Oswald, Yannick, Anne Owen und Julia K. Steinberger. 2020. Large inequality in international and intranational energy footprints between income groups and across consumption categories. *Nature Energy* 5: 231–239. <https://doi.org/10.1038/s41560-020-0579-8>.
- Ratschlag Kinderarmut und Der Kinderschutzbund e. V. 2022. Gemeinsame Erklärung des Ratschlag Kinderarmut 2022. https://kinderschutzbund.de/wp-content/uploads/2022/11/Ratschlag-Kinderarmut-2022_gemeinsame-Erklaerung_Solidaritaet-in-der-Krise.pdf. Zugegriffen: 23. November 2023.
- Richardson, Katherine, Will Steffen, Wolfgang Lucht, Jørgen Bendtsen, Sarah E. Cornell, Jonathan F. Donges, Markus Drüke, Ingo Fetzer, Govindasamy Bala, Werner von Bloh, Georg Feulner, Stephanie Fiedler, Dieter Gerten, Tom Gleeson, Matthias Hofman, Willem Huiskamp, Matti Kummu, Chinchu Mohan, David Nogués-Bravo,

Stefan Petri, Miina Porkka, Stefan Rahmstorf, Sibyll Schaphoff, Kirsten Thonicke, Arne Tobian, Vili Virkki, Lan Wang-Erlandsson, Lisa Weber und Johan Rockström. 2023. Earth beyond six of nine planetary boundaries. *Science Advances* 9/37: eadh2458. <https://doi.org/10.1126/sciadv.adh2458>.

Rockhoff, Wiebke und Anna-Lena Guske. 2023. Familien als Adressaten von Klimapolitik: Verschärfung sozialer Ungleichheit? Diakonie Deutschland (Zentrum Soziales und Beteiligung). https://www.eaf-bund.de/sites/default/files/2023-10/Rockhoff_Familien_in_der_Transformation.pdf. Zugegriffen: 23. November 2023.

Seto, Karen C., Steven J. Davis, Ronald B. Mitchell, Eleanor C. Stokes, Gregory Unruh und Diana Ürge-Vorsatz. 2016. Carbon Lock-In: Types, Causes, and Policy Implications. *Annual Review of Environment and Resources* 41: 425–452. <https://doi.org/10.1146/annurev-environ-110615-085934>.

Sozialplattform Klimaschutz. 2019. Zivilgesellschaftliche Forderungen an die Politik. Sozialplattform Klimaschutz. <https://www.volkssolidaritaet.de/beitraege/sozialpolitik-buendnis-fordert-sozial-oekologische-wende-fuer-alle/>. Zugegriffen: 23. November 2023.

Sozialverband Deutschland. 2022. Klimaprämie für eine sozialverträgliche Energiewende einführen. Sozialverband Deutschland. <https://www.sovd.de/aktuelles/meldung/klimapraemie-fuer-eine-sozialvertraegliche-energiewende-einfuehren>. Zugegriffen: 23. November 2023.

Sozialverband Deutschland. 2023. SoVD fordert dauerhaftes und soziales Deutschlandticket. Sozialverband Deutschland. <https://www.sovd.de/presse/pressemitteilungen/meldung/sovd-fordert-dauerhaftes-und-soziales-deutschlandticket>. Zugegriffen: 23. November 2023.

Sozialverband VdK Deutschland. 2023. Sozialpolitischer Antrag Nr. 15 des Präsidiums und des Bundesvorstands zum Thema Klima und Umweltgerechtigkeit. Sozialverband VdK Deutschland. https://www.vdk.de/deutschland/pages/der_vdk/23884/vdk_grundpositionen. Zugegriffen: 23. November 2023.

Teixidó-Figueras, Jordi, Julia K. Steinberger, Fridolin Krausmann, Helmut Haberl, Thomas Wiedmann, Glen P. Peters, Juan A. Duro und Thomas Kastner. 2016. International inequality of environmental pressures: Decomposition and comparative analysis. *Ecological Indicators* 62: 163–173. <https://doi.org/10.1016/j.ecoind.2015.11.041>.

Verband alleinerziehender Mütter und Väter. 2019. Positionspapier: Für ein gutes Auskommen im Alter! Forderungen zur Existenzsicherung von Alleinerziehenden. Verband alleinerziehender Mütter und Väter. https://vamvbund6206-live-fba4c9d0ad78466689ef4-04c8878.divio-media.com/filer_public/bf/68/bf68a1e9-7a5b-4091-ac40-a8a51af7d28e/vamv_pp_alterssicherung_2019.pdf. Zugegriffen: 23. November 2023.

„Wer hat, der gibt“ Bündnis. 2021. <https://www.erwerbslos.de/positionen/741-reichtum-umverteilen-durch-hoehere-besteuerung-von-spitzenverdienerinnen-vermoegenden-und-konzernen>. Zugegriffen: 23. November 2023.

Über die Autorin

Maddalena Josefin Lamura, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Insitut für Sozialpolitik der Wirtschaftsuniversität Wien (WU). Sie studierte Socio-Ecological Economics and Policy an der WU. Mit mixed Methods forscht sie zu digitaler Arbeit, Just Transition, Energiearmut, Energiegerechtigkeit und Klimasozialpolitik.

Für die Inhalte der vorliegenden Publikation ist ausschließlich die Verfasserin verantwortlich.

Danksagung: Herzlichen Dank an Katharina Bohnenberger und Julia Cremer für die Durchsicht des Manuskripts.

Impressum

DIFIS - Deutsches Institut für Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung

Direktorin: Prof. Dr. Ute Klammer (Universität Duisburg-Essen)

Stellv. Direktor: Prof. Dr. Frank Nullmeier (Universität Bremen)

Standort Duisburg: Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ), Forsthaus-weg 2, 47057 Duisburg

Standort Bremen: SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik,

Mary-Somerville-Straße 5, 28359 Bremen

Homepage: www.difis.org

Erscheinungsort und -datum: Duisburg/Bremen, Juli 2024

Inhaltliche Betreuung: Katharina Bohnenberger, Julia Cremer

Betreuung der Publikationsreihe: Dr. Miruna Bacali

ISSN: 2748-7199